

Haushaltsrede Kreistag zum Haushalt 2022 – Freie Wähler

Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

letztes Jahr haben wir im Rahmen einer Hybridsitzung die zweite Lesung des Haushalts für den Kreistag abgehalten. Grund war die Corona-Pandemie.

Alle Fraktionen haben damals die Hoffnung geäußert, dass möglichst schnell ein wirksamer Impfstoff auf dem Markt sein sollte, damit die Pandemie beendet werden kann. Heute, ein Jahr später, sind wir diesbezüglich etwas schlauer.

Den Impfstoff gibt es zwar, aber im Gegensatz zu vielen anderen Ländern scheuen viele unserer Menschen sich impfen zu lassen.

Die Folge ist, dass wir jetzt eine noch höhere Inzidenz haben als vor einem Jahr. Vom Ende der Pandemie kann keinesfalls gesprochen werden. Die Intensivstationen, auch im Landkreis Esslingen, sind wieder voll, planbare Operationen müssen verschoben werden, unser Klinikpersonal arbeitet ständig am Limit oder darüber hinaus. Trotzdem gibt es zahlreiche Menschen, die alles nur als Diskriminierung oder als große Verschwörung betrachten.

Es gibt viele selbsternannte Experten, die ihr Wissen aus YouTube und Telegram ziehen und alles glauben, was sie dort hören oder lesen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, macht mir große Sorge, weil wir in unserer Gesellschaft auch insgesamt vor einem großen Veränderungsprozess stehen. Veränderung ist nie gern gesehen aber, wenn wir dort in gleichem Maße die Gegner und

Bekämpfer des Transformationsprozesses bekommen, dann werden wir mit Sicherheit unseren Wohlstand nicht erhalten können. Wohlstand bedeutet in dem Fall aber auch, dass die Solidargemeinschaft die Schwächeren unterstützt. Das geht aber nur dann, wenn genug Geld erwirtschaftet wird, damit die Sozialleistungen auch finanziert werden können.

Aus einem Land der Pioniere und Entwickler und Vorreiter in Sachen Technologie ist ein Land der Bewahrer, Zauderer und Verweigerer geworden. Deshalb möchte ich an alle Menschen in unserem Land appellieren, tragen Sie mit dazu bei, dass es vorwärtsgeht – sonst verharren wir im Stillstand.

Klimaschutz

Beim Thema Klimaschutz können wir direkt an das gerade Gesagte anknüpfen. Ständig werden wir mit Schlagzeilen konfrontiert: „Es ist 5 vor 12 - für manche sogar eine Minute vor 12“ – „Jetzt können wir noch agieren, bald müssen und können wir nur noch reagieren“ und dann schauen wir mit Verwunderung, wie die Regierungschefs auf dem G20-Gipfel oder der Weltklimakonferenz taktieren.

Fakt ist, ohne China, Indien und der USA wird es niemals klappen, das 1,5 Grad Ziel zu erreichen. Deutschland allein kann das Klima nicht retten und die Wirkung unserer Maßnahmen sind mit den Beträgen, die wir dafür ausgeben, schon in Frage zu stellen. Mit dem gleichen Geld könnte woanders auf der Welt weit mehr erreicht werden.

Auch wenn wir nach Afrika schauen, wo ein großer Aufholbedarf an Elektrifizierung besteht, aber genügend Kohle im Boden vorhanden ist, sehen wir, welches Gefahrenpotential auch von dieser Stelle

droht. Hier ist die Weltgemeinschaft gefragt, den Afrikanern, die gerade besonders vom Klimawandel betroffen sind, zu helfen, sauberen Strom zu erzeugen.

Ansonsten können wir den Menschen in Afrika nicht erklären, dass sie deshalb auf den zahlreich vorhandenen Rohstoff Kohle verzichten sollen, weil die reichen Industrieländer jahrzehntelang zu Lasten des Klimas ihren Wohlstand aufgebaut haben.

Natürlich ist es ebenfalls wichtig, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten vorangehen. Als öffentliche Hand sind wir damit auch Vorbild für viele, die auch im Kleinen aktiv am Klimaschutz mitwirken können. Hier sind alle Menschen im Landkreis aufgefordert, ihren Anteil selbst beizutragen.

Das im Juli beschlossene Klimaschutzkonzept muss eine konsequente Handlungsmaxime für das lokale Handeln sein. Und mit fachlicher Unterstützung der Klimaschutzagentur, aber auch mit unseren politischen Beschlüssen sollte es uns gelingen, einen großen Teil der Bevölkerung, von Industrie, Handel und Gewerbe zum Mitmachen zu bewegen.

Andererseits darf der klimafreundlichen ressourcenschonenden Lebens- und Arbeitsweise auch keine überbordende Bürokratie entgegenstehen. Ich denke, das ist auch ein Thema der Führungskräfte im Landratsamt, bürokratische Denkansätze und Bedenken aus dem Weg zu räumen und Kreatives und Verantwortungsvolles Handeln im Sinne des Klimaschutzes zu fördern.

Dabei rede ich auch über Genehmigungsprozesse und über Abwägungsvorgänge die oftmals nicht oder nur unzureichend stattfinden. Sicher ist dabei besonders der Gesetzgeber gefragt.

Es kann nicht sein, dass der Naturschutz gegen die Windkraftherzeugung ausgespielt wird oder dass große Stromtrassen vom Norden in den Süden durch jahrzehntelange Genehmigungs- und Gerichtsprozesse letztlich gar nicht oder viel zu spät kommen.

Da helfen viele blumige Worte und große Versprechungen im Wahlkampf wenig, hier sind Taten gefragt. Wir haben eine grün geführte Landesregierung und wir werden voraussichtlich eine grüne Regierungsbeteiligung im Bund haben – da fordern wir schon: Handeln Sie, schaffen Sie die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für deutlich schnellere Prozesse.

Abfallwirtschaft

Der Abfallwirtschaftsbetrieb war lange Zeit ein stabiler und erfolgreich arbeitender Faktor in unserem Landkreis. In jüngster Zeit müssen wir aber feststellen, dass der Betrieb aktiver agieren sollte. Auf ein paar Punkte möchte ich hier auch eingehen.

Durch die Coronakrise hat sich das Müllaufkommen sichtbar und messbar erhöht. In den Kommunen des Kreises häufen sich beispielsweise die Klagen über stark verunreinigte Containerstandorte.

Für uns ist deutlich sichtbar, dass die jetzige vertragliche Regelung zur Sauberhaltung der Containerstandorte völlig unzureichend ist. Letztlich landen die Beschwerden bei den Kommunen. Oft ist es nicht anders machbar, als durch den kommunalen Bauhof die Sauberkeit wiederherzustellen.

Deshalb beantragen wir, dass solche Einsätze künftig auch direkt mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb abgerechnet werden können. Sollte

dies nicht möglich sein, fordern wir, dass künftig in einem sehr engmaschigen Rhythmus die Kontrolle sämtlicher Containerstandorte durchgeführt wird.

Auch die Öffnungszeiten von Wertstoffhöfen wurden erst auf Druck der Kommunen teilweise erweitert. Hier erwarten wir mehr Flexibilität und vor allen Dingen mehr Kundenorientierung.

Die Freien Wähler haben vor einiger Zeit einen Antrag auf Erweiterung der Anzahl von Wertstoffhöfen gestellt, bei denen auch Grünschnitt angeliefert werden kann.

Daraufhin haben wir die lapidare Antwort bekommen, dass diese Untersuchung einen mittleren fünfstelligen Betrag kosten würde und durch ein Ingenieurbüro durchgeführt werden müsste.

Dies sehen wir völlig anders. In Zusammenarbeit mit den Kommunen, die ja genau wissen, welche Kanäle wo liegen und welcher Standort wie ausgestattet ist, könnte es mit eigenen Mitteln problemlos machbar sein, eine Analyse des Bestandes vorzunehmen.

Darauf aufgebaut könnte mit einem Konzept versucht werden, weitere Standorte, wo dies technisch möglich und finanziell verantwortbar ist, aufzurüsten. In anderen Landkreisen ist das möglich. Damit würde auch der Anlieferdruck auf die wenigen bestehenden Wertstoffhöfe mit festem Belag und geordneter Abwasserentsorgung entzerrt werden.

Da wir hier Handlungsbedarf sehen, konkretisieren wir unseren Antrag und legen Wert darauf, dass über diesen Antrag auch abgestimmt wird. In diesem Zusammenhang wollen wir auch einen

Bericht, welche Entwicklung es bei den Anlieferungsmengen von Grünschnitt gibt, und wie die derzeitigen Standorte ausgelastet sind.

Da in der Pandemie noch mehr Biomüll angefallen ist, haben wir angeregt, dass Grünschnitt auch im Kompostwerk direkt angeliefert werden kann. Das wurde zwar umgesetzt, allerdings mit einer Gebührenpflicht hinterlegt, die wiederum dazu führt, dass dies nicht in Anspruch genommen wird. Deshalb beantragen wir, dass Grünschnitt künftig zu festen Öffnungszeiten im Kompostwerk kostenlos angeliefert werden kann.

Eine völlige Fehlentwicklung sehen wir außerdem durch immer mehr Ablagerungen von wildem Müll in Wäldern und in der freien Landschaft. Hier würde uns interessieren, wie hoch die Erfolgsquote bei der Recherche von Verursachern ist. Hier beantragen wir ein Konzept, das aufzeigt, wie mit allen beteiligten Akteuren dieses Thema besser in den Griff bekommen werden kann.

„Jeder Tropfen zählt“

Beim Abfallwirtschaftsbetrieb im Hohenlohe-Kreis gibt es derzeit bei der Stadt Öhringen das Projekt „Jeder Tropfen zählt“. Mit diesem Pilotprojekt wird versucht, genutzte Speisefette und -öle zu sammeln und zu recyceln. Wir beantragen hierzu einen Bericht. Für uns wäre interessant, ob das auch im Landkreis Esslingen ein sinnvoller Beitrag zur Müllvermeidung sein könnte.

Schule und Bildung

Im Bereich von Schule und Bildung steht derzeit die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung an.

Wichtig ist uns dabei, dass dieser Prozess nicht stehen bleiben darf. Die Aktualisierung, Fortentwicklung und Anpassung der schulischen Angebote an den aktuellen Bedarf sollte flexibel gehandhabt werden.

Dazu muss die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt genau beobachtet und gegebenenfalls schnell reagiert werden. Nur so können wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Bei den derzeitigen Transformationsprozessen, der Digitalisierung und im Bereich des Klimaschutzes bis hin zu Zweirad-Mechanikern ist es wichtig, eine wohnortnahe Beschulung anbieten zu können. Gerade in unserem technologie- und innovationsgeprägtem Raum sind solche Angebote enorm wichtig.

Was uns große Sorge bereitet ist die Kostenexplosion in den letzten 5 Jahren bei der Schulbegleitung. Nach der Schulgesetzänderung im Jahr 2013 mit der Möglichkeit der Inklusion in der Regelschule, wurde einmal mehr die Finanzierung des Themas nicht ausreichend geregelt.

Für uns ist dies ein klarer Fall des Konnexitätsprinzips. Im Jahr 2016 war der Landesanteil an den Kosten noch bei 25% und jetzt im Jahr 2021 sind wir gerade Mal bei 9,7% angelangt.

Hier möchten wir Sie, Herr Landrat, ausdrücklich bei den Verhandlungen mit dem Land unterstützen, gemeinsam mit dem Landkreistag und den kreisfreien Städten Druck auszuüben. Wenn es kein einvernehmliches Ergebnis gibt, sollten wir auch keine Scheu vor dem Rechtsweg haben.

Die fast unendliche Geschichte der Sanierung der Rohräckerschule ist nun endlich am Ziel angekommen. Mit einem Gesamtaufwand von fast 56 Millionen Euro war dies eine der größten Investitionen der letzten Jahre. Nimmt man die Kosten für die bauliche Ertüchtigung der Bodelschwingschule noch dazu, dann investiert der Kreis im Bereich der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren stolze 80 Millionen Euro. Das zeigt welchen Stellenwert diese Einrichtungen bei uns haben.

Was in diesem Bereich allerdings aus unserer Sicht noch nicht klar geregelt ist, ist die Bereitstellung von Kurzzeitpflegeplätzen für Kinder mit Behinderung. Im gesamten Landkreis Esslingen gibt es keine solche Plätze.

Die Eltern, die es ohnehin schon schweren haben, werden auf Plätze in den anderen Landkreisen verwiesen.

Bei Senioren, die ähnliche Plätze benötigen, ist dies deutlich besser organisiert. Dort wird die Frage, wer das bezahlen soll, erstaunlicherweise nicht gestellt.

Nur bei Kindern wird immer darauf hingewiesen wie teuer das ist.

Unseres Erachtens sind die Kostenträger aber die gleichen, egal wie alt die Patienten sind. Deshalb beantragen wir in dieser Sache einen Sachstandsbericht zum Stand der Kurzzeitpflegeplätze für Kinder mit Behinderung.

Wie hoch ist die Anzahl der Kinder, wo sind sie derzeit untergebracht, mit welchem weiteren Bedarf ist zu rechnen (das sind ja die Kinder in unseren eigenen Einrichtungen) und wie sieht die Finanzierung dieser Kurzzeitpflegeplätze tatsächlich aus.

Freilichtmuseum Beuren

Unser Freilichtmuseum in Beuren hat zu Recht einen hervorragenden Ruf im Land. Trotz der Pandemie kamen glücklicherweise viele Besucher. Normalerweise rundet dann ein Gastronomiebesuch den Museumsbesuch ab.

Das geht aber leider seit einiger Zeit nicht mehr, weil der bisherige Gastronom aufgeben musste. Nunmehr ist das Restaurant seit über einem Jahr geschlossen. Der aufgestellte Verkaufswagen mit kleinen Snacks kann dies auch sicher nicht kompensieren.

Wir beantragen einen Bericht im KSA zum Sachstand der Pächtersuche bzw. zur Wiederverpachtung der Gastronomie.

Soziale Sicherung

Die Gesamtaufwendungen für die soziale Sicherung liegen in diesem Jahr nun erstmals höher als die gesamte Kreisumlage. Da darf man schon die Frage stellen, ob die kommunale Seite mit der Finanzierung nicht überfordert ist.

Ständig neue gesetzliche Regelungen, die einerseits die Leistungen an die Hilfsbedürftigen verbessern aber andererseits den Bürokratischen Aufwand erheblich steigern, kommen Jahr für Jahr oben drauf.

Auch wenn der Bund seine Beteiligungsquote an den Kosten der Unterkunft von 52% auf 75% erhöht hat, sind diese Entlastungen für uns durch die Steigerungen in anderen Bereichen bereits schon wieder kompensiert.

Wir Freien Wähler stehen für eine solidarische Gesellschaft und für die gemeinsam getragene Verantwortung für die Älteren und Schwachen. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern gibt es eben bei uns keine Almosen, sondern klare Regelungen und konkret einklagbare Ansprüche.

Dieses Geld sollte aber bei den Bedürftigen auch ankommen und nicht für einen ausufernden Bürokratismus verschwendet werden. Deshalb ist eine Deregulierung des sozialen Bereichs das Gebot der Stunde und eine wichtige Aufgabe für die künftige Bundesregierung.

Im Bereich der ambulanten und stationären Pflege zeigt der Sozialbericht, dass es einen zusätzlichen Bedarf von ca. 1800 Dauerpflegeplätzen bis 2030 gibt. Das ist nicht nur ein erheblicher Investitionsbedarf, sondern führt automatisch zur Frage, woher denn die Pflegekräfte kommen sollen.

Deshalb beantragen wir einen Bericht, wie sich die ganze Thematik im Landkreis darstellt, wie die Kostenverteilung künftig aussehen wird, welche finanziellen Auswirkungen sich für den Kreishaushalt damit ergeben und wie das Problem der fehlenden Pflegekräfte strategisch angegangen werden kann.

Da sich die Hausärztliche Versorgung im Landkreis Esslingen immer weiter verschlechtert, beantragen wir, im Jahr 2022 eine Neuauflage der Gesundheitskonferenz durchzuführen.

Hierbei soll der Schwerpunkt auf einer Strategie zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung im Landkreis Esslingen liegen. Die Frage ist auch, wie der Landkreis die Kommunen in ihren Bemühungen, ausscheidende Hausärzte zu ersetzen, unterstützen kann.

Große Sorgen bereiten uns im Moment auch die wieder steigenden Flüchtlingszahlen. Durch die Pandemielage sind die kommunalen

Ordnungsämter absolut am Limit. Sehr viele Aufgaben wurden von oben nach unten durchgereicht. Die gleichen Leute können dann aber nicht auch noch - sozusagen nebenher – die Flüchtlingsthematik bearbeiten.

Kreisjugendring

Der KJR ist einer der wichtigsten Partner der Kommunen, wenn es um die Kinder- und Jugendarbeit geht.

Der nicht einfache Prozess der Konsolidierung hat stattgefunden und aus unserer Sicht steht der KJR auf soliden wirtschaftlichen Füßen. Letztes Jahr wurde daher auch im Jugendhilfeausschuss angesprochen, ob die im Moment einjährigen Zuschussverträge nicht wieder verstetigt und in mehrjährige Zuschussverträge umgewandelt werden könnten.

Die Verwaltung hat zugesagt, sich dem Thema anzunehmen. Deshalb beantragen wir einen Bericht im Jugendhilfeausschuss, wie der Stand der Dinge ist, und wie die Verhandlungen mit dem KJR diesbezüglich fortgeschritten sind.

ÖPNV

Der ÖPNV und die Mobilitätswende sind eines der Schlüsselthemen, wenn es um den Klimaschutz geht. Das rechtfertigt auch, dass der Landkreis und die Kommunen einen ganz erheblichen Anteil der anfallenden Kosten bezahlen.

Es erstaunt allerdings immer wieder, welche tolle Ideen man haben kann, den ÖPNV zu verbessern, vor allem, wenn es andere bezahlen oder umsetzen sollen.

Den Vogel abgeschossen hat unseres Erachtens allerdings das Land Baden-Württemberg. Im Koalitionsvertrag steht ein Prüfauftrag nach dem österreichischen Vorbild für das „1-2-3 Ticket“. Das heißt nach diesem Muster 1 Euro in der Stadt, 2 Euro im Verbund, 3 Euro im Land.

Eine wirklich geniale Idee. Nur wenn ich gackere, dann sollte ich auch legen.

Gegackert ist und legen sollen mal wieder die Kommunen. Das Land bedient sich nun einem Trick und erfindet den Mobilitätspass für Kommunen. Das heißt, die Kommunen sollen per Landesgesetz das Recht erhalten, mit einem Mobilitätspass Einnahmen zu erzielen, das wiederum vom Land aber schon ausgegeben ist.

Das ist nichts anderes als die Einführung einer City-Maut. Das heißt, alle KFZ-Halter bezahlen zusätzlich dafür, dass sie ein Auto haben. Erste Berechnungen gehen von 30 Euro im Monat aus.

Wenn die Citymaut durch die Kommune nicht erhoben wird, muss eben aus sonstigen Mitteln das kommunale Geld aufgebracht werden.

Jetzt sind sie mir nicht böse, aber das ist eine politische Bankrotterklärung.

Wenn das Land eine solche Regelung will, dann soll sie es bitteschön selber umsetzen. Dann muss die Landesregierung den Bürgerinnen und Bürgern klarmachen, warum sie ihnen Geld abnimmt und für

was sie dieses Geld eingesetzt wird. Das Ganze über die Kommunen zu finanzieren ist nun wirklich mal ein schlechter Witz.

Auch die Kosten der Verkehrsumlage bei der Region Stuttgart steigt ständig. Im Moment liegt das aktuell zu deckende Defizit bei 73 Millionen Euro und bei den bislang schon beim VRS gefassten Beschlüsse ab 2025 nochmals jährlich 60 Millionen Euro oben drauf.

An dieser Stelle unterstützen wir unsere Regionalfraktion bei ihrem Antrag, die Region möge mit den Kommunen ein Symposium veranstalten, in dem das beschlossene Ausbauprogramm und die finanziellen Auswirkungen für die Kommunen erläutert werden.

Finanzen

Am Ende lassen sie mich noch einen Blick auf unsere Kreisfinanzen werfen. Diese sind nach wie vor ausgesprochen gut.

Die risikobehafteten Haushalte sind eher bei den Kommunen als beim Landkreis. So ist es auch nicht verwunderlich, dass durch Gewerbesteuerausfälle zahlreiche Kommunen derzeit nicht in der Lage sind, ihren Haushalt auszugleichen.

Ganz anders sieht es beim Landkreis aus. Jedes Jahr, seit wir in der Doppik sind, gibt es Millionenüberschüsse und durch eine satte Liquidität ist unser Landkreis sehr üppig ausgestattet.

Gestatten Sie mir bitte noch den Hinweis, dass es schon bemerkenswert ist, wenn die Grünen in Regierungsverantwortung das Thema Schulden deutlich entspannter sehen als auf Kreisebene. Das mag daran liegen, dass man im Kreis als Umlagefinanzierer das ja problemlos über die Kommunen finanzieren kann – im Land und

im Bund muss man möglicherweise auf das eine oder andere verzichten – das tut schon mehr weh.

In unserer Klausurtagung haben wir die Jahresabschlüsse der letzten 3 Jahre analysiert. Dabei fällt auf, dass es immer die gleichen Positionen sind, die zu Überschüssen beim Jahresabschluss führen.

Und zwar sind das immer die Positionen Grunderwerbssteuer, die Personalaufwendungen und der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen.

Wenn wir bei den letzten 3 Jahren immer nur die geringste Abweichung zum Haushaltsplan nehmen und diese aufaddieren, haben wir schon 1,5 % Punkte Kreisumlage.

Insoweit sehen wir genügend Spielraum im Kreishaushalt. Um auch die schwierige Situation bei den Kommunen entsprechend zu würdigen, beantragen wir, die Kreisumlage auf 28,3 % Punkte festzusetzen. Trotzdem glauben wir, dass wir auch im Jahr 2022 ein gutes Ergebnis erzielen können.

Am Ende darf ich mich bei allen Bedanken, die Mithelfen den Landkreis nach vorne zu bringen. Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen der Kliniken, die jetzt im zweiten Jahr hintereinander absolut Außerordentliches leisten.

Zusätzlich zu diesem grandiosen persönlichen Einsatz schaffen es unsere Kliniken trotzdem immer noch, ein recht gutes Gesamtergebnis zu erzielen, und stehen grundsolide da. Deshalb auch da allen Verantwortlichen ein ganz herzliches Dankeschön.

Und am Ende möchte ich an alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Esslingen appellieren, bleiben Sie Vernünftig.